

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frauen auch in Berlin in Führungspositionen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus missbilligt die vom Senat vorgenommene gesetzeswidrige Besetzung von Vorstandpositionen in der Investitionsbank Berlin, den Berliner Verkehrsbetrieben und der Berliner Stadtreinigung mit männlichen Bewerbern und fordert ihn auf, alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um bereits geschlossene Verträge mit Männern rückgängig zu machen.

Der Senat wird aufgefordert, zukünftig Neuausschreibungen unter Hinweis und unter Beachtung des Berliner Betriebsgesetzes, des Landesgleichstellungsgesetzes und der Berliner Verfassung vorzunehmen.

Begründung:

Der Senat hat verschiedentlich Führungspositionen in Berliner Betrieben unter Verstoß gegen geltende Gesetze und die Berliner Verfassung mit Männern besetzt, obwohl Verfassung und Landesgleichstellungsgesetz eindeutig die aktive Förderung von Frauen bei der Besetzung solcher Positionen verlangt.

Bei diesem Verstoß handelt es sich nicht um ein Kavaliersdelikt, sondern eine gravierende Gesetzesverletzung.

Das legt nahe, dass die auf dieser Grundlage gesetzwidrig geschlossenen Verträge mit Männern nichtig sind.

Eichstädt-Bohlig Ratzmann
und die Mitglieder der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen